

Klingholzberg organisiert sich

„Interessengemeinschaft“ gegründet / Erster Schritt zu echter Bürgervertretung



Fast ausschließlich Frauen waren zur Versammlung gekommen. Im Vordergrund „Behördenschreck“ Martini.

Der Klingholzberg kreißte und gebar nach mehreren mühsamen Anläufen und unter Beistand der

Anzeige

1

Diät Pils

MEHR

schlanke Prost

Jetzt können Sie ruhig
eins mehr trinken!

Obdachlosensiedlung am Giebel eine Maus, die sich „Interessengemeinschaft Klingholzberg“ nennt.

Gestern fanden sich bei einer Bürgerversammlung in der Pausenhalle der Hauptschule an der Meininger Straße ein halbes Dutzend Leute zu einer Art Vorstandschaft zusammen. Diese vor-

läufigen Vertreter der Bewohner des Klingholzbergs sollen mit Helfern von „außen“ den Grundstein für eine echte Bürgervertretung legen.

Zur Versammlung in der Meininger Straße hatte neben der „Interessengemeinschaft Giebel“ auch eine Gruppe von jungen Leuten eingeladen, die am Giebel Sozialarbeit leisten oder sich in Wuppertal für die Sozialschwachen einsetzen.

Um die rund fünfzig Klingholzberger, in der Mehrzahl Frauen, rankten sich erstaunlich viele Besucher: Kommunalpolitiker, Schulmänner, Bürgervereins- und Parteienvertreter. Gegen Ende der Zusammenkunft überwoogen die Gäste.

Nach endlosen Diskussionen um alltägliche Probleme der Obdachlosensiedlung Klingholzberg im Osten Wuppertals siegte die Vernunft. Der Langerfelder Bürgervereinsvorsitzende Pläcking sagte einer „Interessengemeinschaft“ seine volle Unterstützung zu, und aus den Reihen von Berg-Bewohnern und Gästen bildete sich die vorläufige Vorstandschaft, angeführt vom Klingholzberger „Behördenschreck“ Martini.

Diese Vorstandschaft will jetzt die rund 250 Familien am Klingholzberg zum Kampf um bessere Lebensbedingungen und um mehr Verständnis der „übrigen“ Wuppertaler für ihre Klingholzberger Mitbürger organisieren. Die Aktionen sollen sich auch gegen Gleichmut, Nachlässigkeit und Unsauberkeit in den eigenen Reihen richten.

Meinte ein Kommunalpolitiker nach der Versammlung: „Daß hier viel verbessert werden muß, ist klar. Ebenso sollte man der manchmal etwas schwerfälligen Verwaltung auf die Beine helfen. Aber was heute hier war, ist nur die Creme der Klingholzberger, und das sind verdammt wenig!“ Ein frischgebackenes Vorstandsmitglied, stolz auf Würde und Aufgabe, entschuldigte: „Das war doch nur der Anfang. Wir sind froh, daß wir das geschafft haben...“

Daß die Klingholzberger bei Notfällen eine festverschworene Gemeinschaft sind, bewies eine von ihnen organisierte Sammlung für die Opfer der Gas-Explosion: Bis gestern waren über 600 Mark in der Kasse!

GA 21. VI 68

WUPPERTALER NACH

Großes Spielplatzzentrum auf dem Klingholzberg

Mit pädagogischer Betreuung / Kosten 108 000 Mark

Im Mittelpunkt der Beratungen des Jugendwohlfahrtsausschusses stand die Errichtung des großen Spielplatzzentrums auf dem Klingholzberg. Mit den noch zur Verfügung stehenden Etatmitteln dieses Jahres soll außer einem Spielplatz für Kleinkinder auf einem Gelände an der Matthäustraße im Stadtteil Wichlinghausen — Kosten rund 29 000 Mark — vor allem der große Kinderspielplatz auf dem Klingholzberg eingerichtet werden.

Nachdem der bisherige Spielplatz auf dem Klingholzberg für einen Schulneubau zur Verfügung gestellt worden ist, soll der neue fast 6000 qm große Spielplatz auf dem Gelände der inzwischen abgerissenen „Pferdeställe“ eingerichtet werden. Die unterste Terrasse wird als Bolzplatz angelegt, die beiden mittleren Terrassen stehen für Gerätespielplätze zur Verfügung. Dazwischen wird eine Rollerbahn angelegt. Die Gesamtfläche, von der rund 5000 qm auf die Spielplätze entfallen, wird von einer großen Grünanlage umgeben sein. Die Kosten des Spielplatzes werden einschließlich der Ausstattung mit Sandkästen und Spielgeräten rund 108 000 Mark betragen.

Außerdem sprach sich der Ausschuss dafür aus, daß möglichst gleichzeitig an der Nordostecke des neuen Spielplatzes Klingholz-

berg auch das geplante Spielplatzhaus errichtet wird. Der Hauptausschuß hat bereits zugestimmt. Die Verwaltung soll Pläne für den Durchführungsbeschluß vorlegen. Die Mittel sollen im Etat 1969 bereitgestellt werden.

Nachdem sich die Spielplatzhäuser auf den Spielplätzen auf der Hardt und im Schönebecker Busch zur pädagogischen Betreuung der Kinder überaus bewährt haben, war der Ausschuß der Meinung, daß ein solches Spielplatzhaus im Ballungsgebiet des Klingholzberges besonders notwendig ist. Neben der pädagogischen Betreuung soll auf dem Klingholzberg zusätzlich ein Sozialarbeiter tätig sein, der sich insbesondere der sozialpädagogischen Betreuung der Kinder und der Familien widmen wird.

Das Hochbauamt legte bereits die Vorplanung vor. Danach wird das Spielplatzhaus zwei Spielräume mit je 70 qm, ein Zimmer für die Leiterin, eine Teeküche sowie die erforderlichen Wasch- und Toilettenräume erhalten. Ferner soll ein 40 qm großer Gruppenraum und ein Bastelraum geschaffen werden, in denen in den Abendstunden mit größeren Kindern Gruppenarbeit betrieben werden kann. Ein Teil der Spielfläche soll überdacht werden, so daß Spiele im Freien auch bei ungünstigem Wetter möglich sind.

S
f
s
c
P

GA

18. F. 66

Für Tagesheimschule Hilgershöhe

Drei Anträge der CDU-Ratsfraktion zur Verbesserung der schulischen Lage

Die Ratsfraktion der Wuppertaler CDU versammelte sich unter Vorsitz von Eugen Huth zu einer Klausurtagung am Baldeney-See. Es war eine Arbeitstagung, in deren Mittelpunkt die heute an einem so kritischen Punkt angelangte Finanzsituation der Städte im allgemeinen und der Stadt Wuppertal im besonderen stand. Schließlich steht die Beratung des neuen Nachtragsetats vor der Tür, bei dem sich noch verschiedene Probleme stellen. Schließlich muß der Etat 1967 vorbereitet werden, was die Kämmerei sorgsam getan hat, den aber die Ratsmitglieder verantwortungsbewußt prüfen und mittragen sollen. Die CDU-Fraktion hat über ihre Vorstellungen auf diesem Gebiet noch nichts verlautbart. Man hört, daß sie die Möglichkeit erwägt, die jetzige Finanzlage mit einer möglich werdenden Verminderung der Darlehen auszunutzen, um den Wohnungsbau mit einer finanziellen Spritze zu versehen. Ein ähnlicher SPD-Antrag liegt ohnehin vor.

Dafür hat die CDU jetzt drei Anträge an den Oberbürgermeister weitergereicht, die zu Schulfragen Stellung nehmen und Anregungen geben. Auch diese Anträge wurden auf der Klausurtagung erarbeitet.

Im ersten Antrag heißt es: „Der Rat der Stadt möge beschließen: Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vertreterkartei für Lehrkräfte an den Schulen der Stadt beim Städt. Schulverwaltungsamt einzurichten.“

Begründung: In der Volksschule müssen oft Unterrichtsstunden durch vorübergehendes Fehlen der Lehrkräfte ausfallen. Dadurch wird der akute Lehrermangel verschärft. Lehrkräfte außer Dienst könnten den ausfallenden Unterricht übernehmen. Damit ein reibungsloser und schneller Einsatz der Lehrkräfte erfolgen kann, soll eine Vertreterkartei beim Städt. Schulverwaltungsamt eingerichtet werden.“

Der zweite Antrag lautet: „Der Rat der Stadt möge beschließen: Die Verwaltung wird beauftragt, für Volksschulen ab rund 400 Schülern und für Sonderschulen ab rund 200 Schülern, Planstellen für Schreibkräfte im Stellenplan 1967 einzurichten.“

Begründung: Zur Entlastung der Rektoren bei ihrer Verwaltungsarbeit sollten an den a) Volksschulen ab rund 400 Schülern, b) Sonderschulen ab rund 200 Schülern, Schreibkräfte eingestellt werden. Die Schreibkräfte sollen an einer Schule mit jeweils 15 Stunden beschäftigt werden. Durch diese Einstellung der Schreibkräfte könnten sich die Rektoren mehr als bisher dem pädagogischen Anliegen ihrer Schule widmen.“

Im dritten Antrag geht es um eine Tagesheimschule: „Der Rat der Stadt möge beschließen: Die Verwaltung wird beauftragt, Vorbereitungen zum Ausbau einer Volks- und Sonderschule in Wuppertal in der Hilgershöhe zur Tagesheimschule als Angebotsschule zu treffen und dem Fachausschuß die entspre-

chenden Planungen vorzulegen.“

Begründung: Die Tagesheimschule verwirklicht Erziehung und Unterricht als natürliche Einheit. Die Schüler bleiben nach dem Vormittagsunterricht in der Schule, nehmen gemeinsam ihr Mittagessen ein und arbeiten in den Nachmittagsstunden in anderer Form (Interessengruppen, Arbeitsgemeinschaften, Aufgaben) weiter. Die Betreuung außerhalb der Unterrichtszeit wird von pädagogischen Kräften übernommen.

Bei der Umwandlung einer Schule in eine Tagesheimschule sind die räumlichen Voraussetzungen für die gemeinsamen Mittagsmahlzeiten, für Mittagsruhe und für Gruppenarbeit zu schaffen. Für ausreichendes Spiel- und Sportgelände ist zu sorgen, Planstellen für Erzieher sind einzurichten, deren Zahl sich nach der Schülerzahl und dem Umfang ihrer Tätigkeit richtet.

Die Tagesheimschule als Angebotsschule unterstützt die Eltern, verwirklicht intensiver als die Vormittagschule den Erziehungsauftrag der Schule und vermag vielen Schülern — namentlich in sozialen Brennpunkten — Heimat zu sein. So läßt z. B. die besonders starke Ballung schulpflichtiger Kinder in dem Bereich Wuppertal-Oberbarmen und Langerfeld (Hilgershöhe) eine Tagesheimschule zum freiwilligen Besuch insbesondere auch deshalb dringend notwendig erscheinen, weil hier ein großer Teil der Kinder aus sozial gefährdeten Familien stammt.“

WR 14.1.71

Protest gegen höhere Wohngebühr

Obdachlose wollen Anwalt einschalten

„Warum haben wir weniger Rechte als die Menschen, die es sowieso leichter haben?“ Diese Frage stellten Bewohner von Wuppertaler Notunterkünften während der Protestversammlung der „Interessengemeinschaft Klingholzberg“ am Dienstagabend in der Schule Meininger Straße.

Erneut aufgeworfen wurde dieses seit Jahren mehr oder weniger offen im Raum stehende Problem der Obdachlosen durch die Erhöhung der Wohngebühren in Wuppertaler Notunterkünften um durchschnittlich 30 Prozent: Die betroffenen Bewohner erfuhren nämlich erst Anfang Januar, daß für die städtischen Quartiere und Wohnungen rückwirkend ab 1. Januar mehr zu zahlen ist.

Daß man die Obdachlosen in diesem Punkt quasi vor vollendete Tatsachen stellte, nicht wie bei normalen Mieten eine Erhöhung frühzeitig ankündigte — das wollen die Wuppertaler Obdachlosen nicht einfach hinnehmen: Ein von der Kölner Interessengemeinschaft Obdachloser alarmierter Rechtsanwalt soll die Rechtsgrundlage der im Dezember vom Stadtrat beschlossenen Maßnahme prüfen. Auch eine Verwaltungsklage wird in Betracht gezogen. Nicht zuletzt wollen einige der Obdachlosen bis zur endgültigen Klärung der strittigen Frage die Differenz zwischen alter und neuer Miete auf ein Sperrkonto einzahlen.

Nicht einmal die Erhöhung der Gebühren selbst (durchschnittlich von 1,15 DM auf 1,50 DM pro qm; in der Siedlung Klingholzberg jedoch von 1,35 DM auf 1,70 DM) sondern vielmehr das „Wie“ stößt bei den Obdachlosen auf Unverständnis. So vermißten die Betroffenen zum Beispiel eine Erläuterung zu der mit einer Änderung der städtischen „Satzung über die Nutzung der Obdachlosenunterkünfte“ begründeten Steigerung der Wohngebühren.

Da zudem kein Vertreter der zuständigen städtischen Stellen zu der Versammlung gekommen war, versuchte man selbst, eine Begründung zu finden: „Vielleicht ist damit ein Erziehungs-

zweck verbunden, daß wir uns nach der Erhöhung noch mehr bemühen, hier rauszukommen. Man vergißt allerdings, wie schwer eine Wohnung in Wuppertal zu bekommen ist.“

Dieser angestrebte Erziehungszweck wurde auch gestern vom Leiter des Ordnungsamtes, Westerhoff, neben der bisher nicht mehr kostendeckenden Höhe der Gebühren als einer der Gründe für die im Dezember vom Stadtrat beschlossene Steigerung genannt.

Daß die im Rahmen der Sanierungsbemühungen in die Obdachlosenunterkünfte investierten Beträge eine Gebührenerhöhung erforderlich machten, wollen die Betroffenen nicht akzeptieren:

„Es wurde nur wenig getan. Noch immer sind feuchte Wände und schlechtere Zukunftsaussichten unserer Kinder im Mietpreis eingeschlossen, haben wir keine Trockenräume für die Wäsche und dürfen uns nicht einmal auf eigene Kosten eine Badewanne aufstellen“, berichteten Bewohner des Klingholzbergs, die es nach Ansicht von Stadtmann Bartholmai von der Obdachlosenbehörde immer noch besser als andere Notunterkunftsbewohner haben, zum Beispiel als erste auch Fließwasser bekamen.

Obwohl die Obdachlosen selbst (so auch während der Protestversammlung) von der Gleichgültigkeit ihrer Nachbarn reden, über mangelnde Einigkeit klagen, wollen die wenigen aktiven Notunterkunftsbewohner ihren Kampf gegen erhöhte Abnutzungsgebühren, Diskriminierungen von außen und Resignation in den eigenen Reihen fortsetzen.

Weitere Versammlungen, Flugblattaktionen, Führungen durch die Obdachlosensiedlungen Wuppertals, „permanente Behängungen“ des im letzten Monat auf dem Klingholzberg errichteten Zauns mit aufrüttelnden Slogans („Obdachlos werden ist nicht schwer — Obdachlos sein dagegen sehr“, „Mauern und Zäune trennen Menschen von Menschen“) und Diskussionen sollen die Probleme der Obdachlosen nicht vergessen lassen.

WR 12.1.71

Protest vom Klingholzberg

Zu einer Protestversammlung ruft heute abend um 20 Uhr die vor einem Monat gegründete „Interessengemeinschaft Klingholzberg“ in die Schule Meininger Straße. Anlaß des Protests (laut Flugblatt): „Bis zu 100 Prozent Erhöhung der Abnutzungsgebühr.“

Für die Interessengemeinschaft ist die Erhöhung der Wohngebühr „ein Skandal“, den man „auf das schärfste verurteilt“.



Über mögliche Reaktionen auf die Erhöhung der Wohngebühren für Notunterkünfte diskutierten Mitglieder der Interessengemeinschaften Klingholzberg und Giebel.

tung überflüssig!

Bundeswehrsoldat kostet 120 DM. Wie mit so geringen Mitteln die Obdach-

Beamten schärfer entgegneten. Im

macht. Bei der langsamen Gangart des Amtsschimmels würden wir wohl

GA

20. X. 66

①

„Klingholzberg ist keine Pestbeule“

2000 Menschen in Notunterkünften / Resozialisierung von allen Behörden angestrebt

„Der Klingholzberg kann nicht als Pestbeule der Stadt Wuppertal bezeichnet werden.“ Das sagen übereinstimmend: Schiedsman, Polizei, Ordnungsamt und Fürsorgerinnen. Sie alle müssen gegen ein alteingesessenes Vorurteil ankämpfen, da sich schon seit mehr als zwanzig Jahren in Wuppertal hält.

Allerdings: Der Klingholzberg war nie ein Villenviertel. Notunterkünfte stehen dort oben. Aber was viele vergessen, wenn sie die Nase rümpfen, ist, daß man auch schuldlos auf den Klingholzberg gelangen kann. Schon widrige Umstände in der Wohnungslage können dazu führen.

Ungefähr 2000 Menschen wohnen in den Notunterkünften, die von der Verwaltung in Alt- und Neuasyle eingeteilt sind. Kenner nennen die Altasyle auch Pferdeställe. Sie wünschen sehnlichst, daß diese Notquartiere endlich abgerissen werden. Diesem Wunsch will die Stadt Wuppertal nachkommen. 15 Millionen DM hat sie für die Errichtung von Stadtwohnheimen vorgesehen. In diesen Neubauten werden auch die Bewohner vom Klingholzberg menschenwürdig wohnen können. Die zuständigen Behörden erhoffen sich von dieser Maßnahme eine Besserung der Gesamtsituation. Resozialisierung nennen sie das und meinen damit: Die Menschen vom Klingholzberg wieder gesellschaftsfähig machen. Viele klagen über diese Siedlung, vor allem Anwohner und die Bewohner der Straßen, auf denen die Kinder dieser Siedlung zu den Schulen gehen. Aber manches ist übertrieben. In einem Gespräch mit einem Polizeibeamten zeigte sich, daß Kinder anderer Herkunft ebenfalls auf dem Weg zur Schule manchen bösen Streich ausüben. Der Unterschied ist: Die Eltern dieser Kinder reagieren anders als die Eltern der Kinder vom Klingholzberg, wenn die Polizei eine Mahnung ins Haus schickt.

Einige Sorgen machen sich natürlich die zuständigen Stellen, Jugendamt, Fürsorger, Polizei und Lehrer, über die Erziehung der Kinder in diesem Gebiet. Denn die Umgebung übt keinen guten Einfluß auf sie aus. Zu viele Menschen wohnen hier auf zu engem Raum.

Aber viel können die Behörden nicht unternehmen, denn das Elternrecht ist unantastbar und das Jugendamt hütet sich, in dieses Elternrecht einzugreifen. Die Erziehung des Kindes muß schon schwer gefährdet sein, ehe das Jugendamt etwas unternimmt. Anders ist die Sache, wenn die Gesundheit eines Kindes gefährdet sein sollte, dann ist schnelles Handeln geboten. Das Jugendamt scheut sich dann nicht, die notwendigen und zulässigen Mittel zu ergreifen, um jegliche Gefahr von einem Kind abzuwenden. Aber solche Maßnahmen sind auf dem Klingholzberg seltener notwendig, als manches Gerücht wahrhaben möchte.

Auf dem Klingholzberg wohnten seit jeher Menschen, die man nur als arm bezeichnen kann. Allerdings ist hierbei nicht Geldmangel gemeint, wenn man einmal von allgemeinen Notzeiten absieht. Im ersten Weltkrieg hausten dort oben russische Kriegsgefangene. Später wohnten dort für einige Zeit Fremdarbeiter. Nach dem letzten Krieg wurden Menschen angesiedelt, die ihre Wohnung verloren hatten.

Jetzt hausen dort auch Menschen, die in anderen Häusern nicht wohnen wollen, weil sie dort mehr Miete zahlen müßten.

Es wohnen Menschen dort, die nach der Auflösung der Behelfsheime nicht mehr in andere Wohnungen wollten oder denen keiner mehr eine Wohnung gab, weil sie sich schon zu sehr dem Stil der Behelfsheime angepaßt hatten. Es wohnen dort auch einige Kinderreiche und Menschen, die ihre Wohnung verloren, weil das Haus abgerissen wurde und einige Fälle sogar, bei denen der Vermieter Eigenbedarf angemeldet hatte.

Manche Wuppertaler haben Angst, daß eines Tages dort oben zwischen Oberbarmen und Nächstebreck Unruhen ausbrechen könnten und sie meinen, man sollte doch die Menschen, die nicht mehr aus eigener Kraft aus dieser Siedlung herauskommen, auf die ganze Stadt verteilen, vor allem diejenigen, die schon lange dort wohnen.

Es gibt Familien, die seit mehr als zwanzig Jahren in der Siedlung Klingholzberg ansässig sind und sie wollen auch nicht mehr von dort weg. Sie könnten wahrscheinlich auch nicht aus dieser Siedlung heraus, denn es ist sehr schwer, in Wuppertal eine Wohnung zu bekommen, noch schwerer ist das aber, wenn man sagen muß, man wohne auf dem Klingholzberg. Ähnlich geht es auch mit den Arbeitsstellen, aber zur Zeit bestehen da weniger Probleme.

Die Sorge der Behörden, Lehrer, Fürsorge und Mediziner gilt den Kindern. Sie sollen einmal eine bessere Zukunft haben. Eine Reihe von Institutionen meinen, es müsse noch mehr getan werden, um all denen zu helfen, die aus einem Viertel unsere Stadt herauswollen, das keinen guten Ruf genießt.

Franz Josef Becker

Das ist doch normal

Frau Schmitz wohnt mit ihrem Mann und zwei Söhnen in einem Übergangshaus. Drei gehen arbeiten. Der jüngste geht noch zur Schule. Geld genug für eine richtige Wohnung bis zu 200,- DM wäre vorhanden.

Frau Schmitz geht also zur Herkulesstraße zu Herrn Kresse. Sie schildert ihm ihre jetzigen Wohnverhältnisse — ca. 15 qm — zu viert schlafen sie in einem Doppelbett, seit Jahren. Die zwei Jungen in dem einen, die Eltern in dem anderen Stück Bett. Der jüngste ist blasenkrank. Das spürt dann auch der andere Bruder — wenn er nämlich naß wird. Die Krankheit ist kein Wunder, die Wohnung ist grün und grau vor Schimmel, also Feuchtigkeit. Tapezieren ist sinnlos. Drei Wochen später ist es genau so. Und dies alles nennt der Herr vom Amt normal. Auf die Frage nach Mietrückständen (ca. 500,- DM) sagt ihm Frau Schmitz, daß sie bei Erhalt einer Wohnung diese sofort zahlen werde, nicht jedoch für dieses Loch (recht so, wie ich meine). Diesen Vorschlag hält Herr Kresse für Erpressung — jawohl: für Erpressung.

Nun, Frau Schmitz, ganz aufgelöst von der Belehrung und der Erfahrung, will jetzt wöchentlich 50,- DM zusätzlich zur Miete abzahlen.

Ob das dann Herrn Kresse umstimmt? Kaum zu hoffen. Und innerhalb der Siedlung umziehen? Das kennt sie schon. Das ändert nichts. M. Bloch

Obdachlose filmen Obdachlosigkeit

Im Mai dieses Jahres kam eine Kunstlehrerin in unsere Jour-fixe und teilte uns mit, in Recklinghausen finde vom 6.-12. Juni eine Kunsterzieher-Tagung statt. Wenn wir Lust hätten, könnten wir einen Film drehen, der dann dort vorgeführt werden sollte. Material und Kamera bekämen wir gestellt, aber wir sollten nur das drehen, was wir als Problem der Obdachlosigkeit sehen.

Die Herstellung des Filmes wurde 3 Obdachlosen-Mitarbeitern der IGO aufgetragen.

Sie hatten ihre liebe gute Not, den Film bis zum Termin fertigzustellen, denn sie sollten all das, was sie jahrelang bedrückt hat, nun in 20 Minuten Filmlänge zusammenfassen.

In Recklinghausen interessierte sich die überwiegende Mehrheit für die

Arbeitsgruppe, in der unser Film gezeigt wurde.

Nach einer ausführlichen Diskussion über das Thema „Wie bringt man Kunst in Zusammenhang mit Obdachlosigkeit“, entschloß man sich, die Kunst des Filmmens, der Photographie und des Tones einzusetzen, um der breiten Bevölkerungsschicht die wirklichen Probleme der sozialen Minderheiten zu verdeutlichen.

Es war ein kleiner Erfolg in unserem gemeinsamen Kampf gegen die Obdachlosigkeit.

Dieser Film wird auch demnächst in Ihre Siedlung gezeigt.

Wolfgang Bechmann

Flugblatt

An die Mitglieder des Rates

Obdachlose haben am 15. 5. 1970 vor dem Sozialausschuß Mitsprache und Mitbestimmung in allen sie betreffenden Fragen gefordert. Darauf haben die Politiker dieser Stadt nicht reagiert. Sie beschließen heute weiter über unsere Köpfe hinweg:

1. über den Bau neuer Wohnunterkünfte
2. — im Sozialausschuß — über den Umbau der Sozialhäuser im Rahmen eines Zehnjahresplans.

Die Konzeption der SPD sieht so aus: „... die wohnungsmäßige Versorgung der in den Einrichtungen der Obdachlosenhilfe wohnenden Parteien (wird) immer schwieriger, insbesondere durch die Entwicklung der Mietpreise und durch die Tatsache, daß kaum Wohnungen für kinderreiche Familien gebaut werden. In absehbarer Zeit ist daher nicht damit zu rechnen, daß die Aufenthaltsdauer in den Sozialhäusern wesentlich verringert werden kann. Das bedeutet daß die Verwaltung die Unterkunftsverhältnisse so verbessern muß, daß auch ein länger dauernder Aufenthalt zuzumuten ist.“

Nur zwei Fragen greifen wir heraus:

1. Kann es nur darum gehen, die Unterkunftsverhältnisse zu verbessern, oder muß es nicht Ziel sein, Notunterkünfte aller Art und damit auch die Obdachlosigkeit zu beseitigen?
2. Warum wird die Lage auf dem Wohnungsmarkt einfach hingenommen? Obdachlosigkeit kann nur durch grundlegende Veränderung der Wohnungsbaupolitik aufgehoben werden.

Wir fordern, daß ein Zehnjahresplan, der die eigentlichen Ursachen von Obdachlosigkeit verschleiert, abgelehnt wird.

Wir fordern vielmehr, daß innerhalb der nächsten zehn Jahre eine Wohnungsbaupolitik betrieben wird, die Obdachlosigkeit nicht mehr zuläßt.

Wir fordern außerdem, daß die Diskussion öffentlich weitergeführt wird. Deshalb veröffentlichen wir in dieser Obdachlosen-Zeitung (Auflage 10 000) den vollen Wortlaut des Planes, der heute dem Sozialausschuß vorgelegt wird.

Dem Rat de Entwurf zur

Am 13. 7. 1970 berieten mehrere Ausschüsse des Rates der Stadt Köln über den Umbau von Sozialhäusern und Obdachlosensiedlungen.

Hierzu hatte der Ausschuß Sozialverwaltung einen Plan ausgearbeitet, den wir auf den beiden letzten Seiten dieser Zeitung vollständig abgedruckt haben.

Da wir diesen Plan für unannehmbar halten, haben wir nebenstehendes Flugblatt vor der Sitzung der Ausschüsse im Rathaus verteilt.

Interview mit dem Oberbürgermeister Burauen

Am 1. Mai demonstrierten Obdachlose gemeinsam mit den übrigen Arbeitern und Lehrlingen für ihre Befreiung aus dem Elend. Ein Obdachloser interviewte den Oberbürgermeister Burauen: „Herr Oberbürgermeister, Sie haben sicher gesehen, daß etliche Obdachlose heute auch demonstrieren haben.“

Oberbürgermeister Burauen: „Mit Recht!“

Frage: „Mit Recht?“

Oberbürgermeister Burauen: „Gegen alles Unrecht muß man demonstrieren, das habe ich ja gesagt. Und die Obdachlosen sollten als erste demonstrieren, aber in den Formen, daß wir uns begegnen können, das tut man ja auch. Wir diskutieren miteinander, versuchen die Probleme zu besprechen, wir suchen nach Lösungen, das ist das Beste, was wir tun können. Wir wollen ja die Obdachlosigkeit beseitigen, was ich dazu helfen kann, helfe ich gerne!“

Wir fragen den Oberbürgermeister Burauen heute, ob seine Hilfe zur Beseitigung der Obdachlosigkeit sich darin erschöpft, in den nächsten 10 Jahren Sozialhäuser und Siedlungen umzubauen. Wir meinen, daß Obdachlosigkeit nur beseitigt wird, wenn die bestehenden Häuser und Siedlungen abgerissen werden.

Händler beuten uns aus

Führt man sich vor Augen, daß Obdachlosensiedlungen vorwiegend an den Rändern der Stadt liegen, auf Müllkippen, an Bahndämmen, Autobahnen oder mitten im Wald, verborgen vor den Augen der Bürger, weitab vom Verkehrsnetz, so drängt sich zwangsläufig die Überlegung auf: Wo und wie kaufen die Obdachlosen ein? Da der kürzeste Weg 1/2 Stunde mit Bus oder Straßenbahn dauert und die preiswerte Einkaufsmöglichkeit in Supermärkten oder Diskontläden 1 Stunde, so kann man sich wohl ausrechnen, daß die kinderreiche Mutter diesen Weg allerhöchstens 1x in der Woche zurücklegen kann. Da die Obdachlosenunterkunft durch die Enge und den fehlenden Keller keine Vorratsmöglichkeit zuläßt, bleibt Obdachlosen nichts anderes übrig, als ihre Einkäufe bei Verkaufsfahrern, in nahegelegenen Kiosken oder in kleinen Geschäften zu tätigen.

Die Verkaufsfahrer, die alles anbieten, was eine Familie so braucht, glänzen nicht etwa durch besonders preiswerte Angebote, sondern durch überhöhte Preise. Man weiß, man wird seine Ware los und schlägt skrupellos aus der Not der Bewohner Ka-

pital. Besonders beliebt ist das Anschreiben ohne Bezahlung. Die Leute geraten durch irgendeinen Umstand in Not, müssen, um den Hunger der Kinder zu stillen, anschreiben lassen. Das nächste Wocheneinkommen reicht nun nur noch zur Schuldenbezahlung, und es muß erneut angeschrieben werden, da die Preise fast doppelt so hoch sind wie in einem Einkaufszentrum. Es gibt sogar Geschäftsleute, die einfach mehr aufschreiben als die Leute gekauft haben, und kein Siedlungsbewohner wagt dagegen aufzumucken. Man duckt sich und bezahlt zähneknirschend, weil man essen muß und wohl weiß, daß man ja doch kein Recht bekäme. Diese Geschäftspraktiken treffen nicht nur auf Lebensmittelhändler zu. Diese gelten vor allen Dingen für Vertreter aller Art. So werden zum Beispiel mit Vorliebe Fernseher mit Münzvorrichtungen verkauft, die, wenn sie bezahlt sind, 1500,- DM kosten. Der normale Wert beträgt aber nur 600,- DM. Eine schamlose Ausbeutung und Ausnutzung der Armen. Hauptsache — man verdient!

Alle diese Erfahrungen habe ich persönlich gemacht und sie hunderte Male bei Mitwohnern gesehen. Es

gibt auch reelle Vertreter und Geschäftleute, die in Siedlungen verkaufen, aber sie sind selten.

Vergleich zwischen Diskontläden und fahrenden Händlern:

im Diskontläden:	
Margarine	0,34 DM — 0,54 DM
Butter	1,58 DM
Brot (3 Pfund)	1,28 DM
Reis	0,58 DM
Nudeln (1 Pfund)	0,58 DM
Linsen (1 Pfund)	0,75 DM
	4,81 DM

beim Verkaufsfahrer:	
Margarine	0,74 DM — 0,84 DM
Butter	2,00 DM — 2,20 DM
Brot	1,85 DM — 2,25 DM
Reis	1,50 DM
Nudeln (1 Pfund)	1,60 DM
Linsen (1 Pfund)	1,20 DM
	8,89 DM

A. Dobrowolski

9 17 7. I. 71

W

Explosion Klingholzberg Mordversuch an Familie?

37jähriger Heizer verhaftet / Sohn und Tochter tot / Ehestreitigkeiten

Das gräßliche Unglück am Klingholzberg war wahrscheinlich kein Unglück! Die Gasexplosion, bei der 20 Menschen verletzt und zwei getötet worden waren, kann nach Auffassung der Staatsanwaltschaft geplanter Mord sein. Gestern erließ jedenfalls das Amtsgericht Wuppertal gegen den 37jährigen Heizer Manfred Bürger Haftbefehl wegen des Verdachtes auf Mord in Tateinheit mit Herbeiführung einer Explosion.

In der Öffentlichkeit hatte es nach der schweren Explosion in der Obdachlosensiedlung, bei der drei Häuser in die Luft geflogen waren, lebhaftes Bedauern für

den Mann gegeben, dessen dreijähriger Sohn Thomas und dessen 16jährige Tochter Christa ums Leben gekommen waren. Man hatte angenommen, die Explosion sei durch Fahrlässigkeit des Heizers entstanden, der mit einem Fahrradschlauch „schwarz“ Gas aus der Leitung entnommen hatte. Jetzt aber ermittelten die Mordkommission unter Leitung von Kriminalkommissar Egon Kaiser und die Staatsanwaltschaft, Staatsanwalt Norbert Blazy, einen anderen Sachverhalt.

Begonnen hatte es im Krankenhaus, als die Kinder Bürgers zu Ärzten und Schwestern sagten:

„Der Papi wollte uns umbringen!“ Sofort ging man der Spur nach und stellte fest, daß es am Sonntag abend, dem Tag vor der Explosion, einen furchtbaren Streit in der Familie Bürger, die acht Kinder hat, gegeben hatte. Ingeborg Bürger (40) hatte ihrem Mann erklärt, daß sie ihn verlassen wolle. In der Ehe soll es seit längerer Zeit gekriselt haben. Daraufhin muß Manfred Bürger in der Nacht den provisorischen Gashahn aufgedreht haben. Durch welche Tatsache dann die Explosion entstanden ist, das heißt, wie Manfred Bürger das im Keller angesammelte Erdgas entzündet hat, steht noch nicht fest.



Er leitete die Mordkommission: Hauptkommissar Egon Kaiser.

Der 37jährige wird zur Zeit vernommen.

Staatsanwalt Norbert Blazy begründete seinen Antrag auf Haftbefehl wegen Mordes mit folgenden Argumenten: Niedere Beweggründe seien gegeben, nachdem es im Anschluß an den erheblichen Streit eine Handlung aus Wut, Rache und Haß gegeben habe. Die Voraussetzung der Heimtücke sieht Blazy ebenfalls als gegeben an, da Frau und sieben Kinder des Heizers zum Tatzeitpunkt friedlich schlafend in ihren Betten lagen. Der dritte Punkt ist die Handlung mit gemeingefährlichen Mitteln. Das achte Kind, die zehnjährige Andrea, befand sich bei ihrer Großmutter in Stolberg bei Aachen.

Manfred Bürger hatte in den letzten Tagen mehrfach den Wunsch geäußert, aus dem Krankenhaus entlassen zu werden und von Wuppertal wegzugehen. Blazy: „Da war für uns der Zeitpunkt zum Eingreifen gekommen.“

Experten erklärten zur Explosion, daß im Keller eine Gasdichte zwischen 5 und 15 Prozent geherrscht haben muß. Eine Zigarettenkippe oder ein defekter Lichtschalter genügen nicht, um Erdgas zur Explosion zu bringen. Bürger wird heute noch einmal vom Haftrichter vernommen. Seine Kinder Angelika, 11, Dagmar, 15, Frank, 6, und Matthias befinden sich ebenso wie ihre Mutter noch im Krankenhaus. Bürger war ebenfalls verletzt worden.

Michael Hartmann



Mit Absicht herbeigeführt? Das waren die Folgen der Gasexplosion am Klingholzberg.

Vermutlich weil ein 37-jähriger Heizer die Erdgasleitung angezapft hatte, flogen gestern morgen in der Obdachlosensiedlung Klingholzberg drei Häuser in die Luft. Seit anderthalb Jahren bezog die Familie B. „schwarz“ Erdgas. Gestern kam es zur Gasexplosion in ihrem Keller: In den drei betroffenen Häusern wurden 20 Menschen verletzt, vier von ihnen schwebten gestern abend noch in Lebensgefahr. Der Gebäudeschaden beläuft sich nach ersten Schätzungen auf 200 000 Mark.



Wie nach einem Bombeneinschlag sah es gestern morgen in der Obdachlosensiedlung am Klingholzberg aus: Ein Haus war dem Erdboden gleichgemacht, zwei weitere waren halb zerstört.

Explosion jagte drei Häuser in die Luft

20 Menschen verletzt / Ursache: Ausströmendes Gas

Von Hans Hansen

Nach einer ohrenbetäubenden Explosion stürzten gestern um 6.49 Uhr in Block 11 F der Obdachlosensiedlung Klingholzberg die Mauern der eingeschossigen Baracke der zehnköpfigen Familie B. ein. Unter sich begruben sie den 37jährigen Manfred B., seine 40jährige Ehefrau Ingeburg und seine zwischen elf Monaten und 16 Jahre alten Kinder.

Durch die Luft wirbelnde Mauerstücke zerstörten die ebenfalls eingeschossigen Behelfshäuser der Nachbarfamilien Wichelhaus und Hofmann: Sechs Personen der Familie Wichelhaus und vier Mitglieder der Familie Hofmann wurden verletzt.

Welche Verletzungen die Betroffenen im einzelnen davontrugen, konnte gestern noch nicht geklärt werden. Sicher ist nur: 28 Menschen lebten in den drei Familien, 20 von ihnen mußten nach der Gasexplosion in die Städtischen Krankenanstalten Barmen gebracht werden, 14 waren am Abend noch in Behandlung, zum Teil mit Verbrennungen bis zu 70 Prozent.

Unter ihnen: Die 40jährige Ingeburg B., ihre Söhne Frank (6 Jahre) und Thomas (3 Jahre) und die 16jährige hochschwangere Christa B., um deren Leben die Ärzte gestern abend noch kämpften.

Wie die anderen lagen sie gestern morgen zum Teil hilflos unter Mauerresten, Holzbalken, Möbeln, als die Feuerwehr ihren seit Jahren größten Einsatz (64 Mann von der Berufsfeuerwehr, 19 von der Freiwilligen Feuer-

wehr, acht Helfer des Technischen Hilfswerks, 15 große Einsatzfahrzeuge, 12 Krankenwagen) durchführte:

Nachbarn hatten sich schon vor ihrem Eintreffen zum Teil vergeblich um die schreienden, eingeklemmten Menschen gekümmert; die Feuerwehr konnte sie schließlich aus den Trümmern befreien. Augenzeugen: „Ein Wunder, daß alle noch lebten.“ Und obwohl das Haus der Familie B. durch die Erdgas-Explosion (das Erdgas verursacht einen doppelt so hohen Druck wie das ehemalige Kokerei-Gas) dem Erdboden gleichgemacht worden war, hatte die Feuerwehr nach Angaben des (neben Branddirektor Ahrens) zweiten Einsatzleiters, Günter Gallert, leichtes Arbeiten, weil es sich zum Glück nur um eingeschossige Häuser handelte.“

Etwa vier Stunden nach der Katastrophe konnte deshalb auch schon der letzte Feuerwehrwagen die Unfallstelle verlassen. Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft werden mit ihren Ermittlungen weniger schnell zum Ziel kommen.

„Es wird wohl noch einige Tage dauern, bis wir die endgültige Ursache für die Gasexplosion ermittelt haben“, sagte gestern nachmittag Staatsanwalt Blazy zum gegenwärtigen Stand der Ermittlungen, die durch die schweren Verletzungen der vernehmungsfähigen Hauptzeugen erschwert werden.

Die Voraussetzungen für die Katastrophe sind dagegen schon bekannt: Im April 1969 wurde der Familie B. wegen nicht bezahlter

Stadtwerke-Rechnung der Gas-Anschluß gesperrt, die Gasuhr entfernt. Vermutlich seit diesem Zeitpunkt zapfte der Heizer Manfred B. die Erdgasleitung an: Anstelle einer Gasuhr hatte er einen Fahrradschlauch an die Leitung angeschlossen, konnte so zwar kostenlos, aber gefährliches Gas für seine Wohnung bekommen.

„Bei mir hat er das auch so gemacht“, berichtete eine Nachbarin, löste damit das anfängliche Rätsel für die am Unfallort untersuchenden Stadtwerke-Mitarbeiter. Warum es allerdings dann gestern morgen zu der Explosion kam, war damit nicht geklärt: Möglicherweise war es unbenutzt ausströmendes Gas. Wodurch es sich entzündete, wird noch ermittelt.

Nach Ansicht der Stadtwerke-Pressestelle konnten auch noch nicht auf Erdgas umgestellte alte Gasgeräte, als Katastrophen-Ursache in Frage kommen. Daneben müssen diverse Gerichte aus der Nachbarschaft in die Ermittlungen mit einbezogen werden, bei denen man allerdings in punkto Richtigkeit „ganz große Zweifel“ hegt.

Neben diesen Ermittlungen stehen jetzt Hilfeleistungen im Mittelpunkt der Bemühungen: Sozialamt und Obdachlosensiedlung wollen den geschädigten Familien die erforderliche Hilfe geben, auf Initiative des CDU-Stadtverordneten Drees wurde ein Spendenkonto für die Opfer eingerichtet. Spenden können unter dem Stichwort „Hilfsaktion Klingholzberg“ bei der Stadtparke Wuppertal, Konto-Nr. 137 000 eingezahlt werden.



Anstelle einer Gasuhr wurde ein Fahrradschlauch wie dieser an die Gasleitung angeschlossen.



Feuerwehr und Polizei transportierten die verletzten Menschen sofort nach der Bergung ab. WK-Fotos: Wolfgang Westlerholz



Aus den Trümmern wurden 20 verletzte Bewohner der Siedlung geborgen.



Staatsanwalt Blazy, OB Gurland und Hauptkommissar Kaiser am Ort des Unglücks.

Klingholzberg
Ein sozialer Brennpunkt

GA

20. F. 66

②



Menschenunwürdig sind die alten Pferdeställe, von der Verwaltung Altsyde genannt. Die Bewohner dieser Räume kennen keinen Unterschied mehr zwischen drinnen und draußen. Die Enge der Räume zwingt sie dazu, viele Arbeiten vor der Tür zu erledigen — so das Waschen.

Wuppertal



Selbstgebastelte Plakate forderten mehr Wohn-Gerechtigkeit für die Klingelholzberges. Am Tisch die vorläufigen Vorstandsmitglieder.

Aktion Klingholzberg

Die „Aktion Klingholzberg“, die seit drei Monaten die Interessen der Obdachlosen im Osten Wuppertals zu vertreten versucht, mausert sich. Zwar war bei der gestrigen Protestversammlung in der Pausenhalle der Schule an der Meininger Straße erneut nur eine Handvoll „echter“ Klingholzberger gekommen, aber die Interesselosigkeit störte die um so emsigeren Helfershelfer wenig.

Den Grund zum erneuten Protest lieferte diesmal die Stadt Wuppertal selbst. Der Rat hatte die Benutzungsgebühr für die Unterkünfte — eine Art Miete — um durchschnittlich 25 Prozent angehoben. Genauer gesagt von 1,35 Mark je Quadratmeter auf 1,70 Mark.

Vermutlich ein krasser Informationsfehler war schuld daran, daß in einem Flugblatt der Aktion Klingholzberg von „bis zu 100 Prozent“ Mietsteigerung die Rede war. Diese Fehlleistung berechtigten sogar die ehrlichen Klingholzberger sehr schnell.

Die Akteure redeten sich zwei Stunden lang die Köpfe heiß, und beschlossen dann ohne sichtbare Abstimmung, zuerst mal einen Brief an die Stadt zu richten und eine Begründung für die Mietsteigerung zu fordern.

Dann will die Aktion einen Rechtsanwalt mit der Prüfung der Satzung beauftragen, schließlich ein neues Flugblatt herausgeben

und — zu guter Letzt — an die Obdachlosen die Bitte richten, die Differenz zwischen alter und neuer Miete vorerst auf ein Sperrkonto einzuzahlen.

Wer stützt diese Aktion Klingholzberg? Da sind Studenten der Kirchlichen Hochschule Wuppertal, Sozialarbeiterinnen, da kämpft die Gewerkschaftsjugend für menschenwürdigere Behausungen. Selbst die DKP fand gestern in die Aktion mit einem dreiseitigen Solidaritätsschreiben Eingang.

Mit zum Kampf um die Aufwertung des Namens Klingholzberg zählten Stöße von selbstgebastelten Plakaten, Transparenten und handgemalten Leintüchern. Ebenso die Schilder, die kirchliche Hochschüler nach der Versammlung an einen zwei Meter hohen Zaun am Rand der Siedlung hingen.

Dieser Zaun, der nach Ansicht der Stadtverwaltung die Klingholzberger nicht abkapseln, sondern Anwohner vor Übergriffen schützen soll, war der Einladungsgrund zur vorausgegangenen Protest-Versammlung gewesen.

Ein Vorschlag erwies sich jedoch als ungemein reizvoll: Mitglieder der Aktion Klingholzberg wollen interessierte Wuppertaler Bürger durch die Obdachlosen-Behausungen führen. Leitwort: Fließend Wasser — von der Wand. sc

lung übermüssig!

mit so geringen Mitteln die Obdach-

Beamten schärfer entgegenreten. Im

macht. Bei der langsamen Gangart des Amtsschimmels würden wir wohl

LESERFORUM

Etwa nur ein Lippenbekenntnis?

Spiel nicht mit den Schmuttelkindern...

Unweigerlich fallen dem aufmerksamen Zeitungsleser die Anfangstakte von F. J. Degenhardts sozialkritischem Chanson ein, wenn er unter dem Titel „Was der Stadtrat beschloß“ eine Meldung liest, derzufolge „die Obdachlosenunterkünfte am Klingholzberg durch einen Zaun von den Nachbargrundstücken abgetrennt werden sollen“, „weil sich die Eigentümer dieser Nachbargrundstücke durch die Bewohner der Unterkünfte, besonders durch Kinder und Jugendliche, belästigt fühlen.“

Während frühere Nachrichten in unseren Zeitungen hoffen ließen, daß ein „Langer Prozeß des Umdenkens“ (Oberbürgermeister a. D. Rau) bereits begonnen habe — vielleicht ist die Einrichtung einer Busverbindung von der Stadt zum Klingholzberg ein kleiner Versuch gewesen? — oder die Bereitstellung von erheblichen Mitteln zur Renovierung der Siedlung „Am Giebel“? — oder die Planung eines Sozialzentrums auf dem Klingholzberg? Oder? Oder? —, stellt diese Nachricht über den Beschluß des Stadtrats, der übrigens ohne weitere Diskussion, d. h. doch wohl, daß sich unsere verehrten Stadtverordneten sämtlich über die Richtigkeit und Notwendigkeit — zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung — einig sind, erneut die Frage, ob alle früheren Nachrichten nicht nur ein Lip-

penbekenntnis — z. B. „Keine Sozial-Ghettos, sondern Entzerrung“ — eine Abwehrreaktion gegenüber so unbequemen Nörglern wie dem RPJ oder dem SAK der Studentengemeinde bedeuten.

Tatsache ist doch: Obdachlose erfahren sich als ausgestoßen, an den Rand gedrängt, ghettoartig zusammengefaßt („Durch Zaun abgesichert“!), diskriminiert von der gesamten Gesellschaft und allen ihren Institutionen, katalogisiert, kategorisiert und als Fälle behandelt und nicht wirklich ernst genommen in ihren Problemen (die Probleme der „guten“ Bürger aber werden durch Zaun beseitigt!) und ohne wirkliche Hilfe den Mechanismen und Strukturen gegenüber, die sie real belasten, die ihre Situation verursachen und ihnen ein Entweichen unmöglich machen. Dieses Stigma (unauslöschliches Merkmal) tragen die Obdachlosen, wie andere Randgruppen wie Rocker, linke Studenten u. a., mit sich herum, und diese Tatsache führt zur Verfestigung des abweichenden Verhaltens!

Wir lösen das Problem der Obdachlosigkeit nicht, indem wir uns durch Zäune davon distanzieren, sondern indem wir endlich anfangen, unsere Vorurteile gegenüber diesen Menschen abzubauen.

Fr. W. Seibel M.A., W.-Barmen

Umwelt-Schutz, Protestaktion

Probleme nicht durch Zäune gelöst

Zum Beschluß des Stadtrates, die Obdachlosenunterkünfte am Klingholzberg von den anliegenden Wohnhäusern durch einen Zaun abzusichern. Die Bürger fühlten sich durch Kinder aus der Unterkunft belästigt:

„Spiel nicht mit den Schmuttelkindern“. Unweigerlich fallen dem aufmerksamen Zeitungsleser die Anfangstakte von F. J. Degenhardts sozialkritischem Chan-son ein, wenn er unter dem Titel „Was der Stadtrat beschloß“ eine Meldung liest, derzufolge „die Obdachlosenunterkünfte am Klingholzberg durch einen Zaun von den Nachbargrundstücken abgetrennt werden sollen“, weil sich die Eigentümer dieser Nachbargrundstücke durch die Bewohner der Unterkünfte, besonders durch Kinder und Jugendliche, belästigt fühlen.

Während frühere Nachrichten in unseren Zeitungen hoffen ließen, daß ein „langer Prozeß des Umdenkens“ (Oberbürgermeister a. D. Rau) bereits begonnen habe — vielleicht ist die Einrichtung einer Busverbindung von der Stadt zum Klingholzberg ein kleiner Versuch gewesen? oder die Bereitstellung von erheblichen Mitteln zur Renovierung der Siedlung Am Giebel? oder die Planung eines Sozialzentrums auf dem Klingholzberg? oder? oder? —, stellt diese Nachricht über den Beschluß des Stadtrats, der übrigens ohne weitere Diskussion, d. h. doch wohl, daß sich unsere verehrten Stadtverordneten sämtlich über die Richtigkeit und Nowendigkeit — zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung — einig sind, erneut die Frage, ob alle früheren Nachrichten nicht nur ein Lippenbekenntnis — z. B. „keine Sozial-Gettos, sondern Entzerrung“ — eine Abwehrreaktion

gegenüber so unbequemen Nörglern wie dem RPJ oder dem SAK der Studentengemeinde bedeuten.

Tatsache ist doch: Obdachlose erfahren sich als ausgestoßen, an den Rand gedrängt, gettoartig zusammengefaßt („durch Zaun abgesichert!“), diskriminiert von der gesamten Gesellschaft und allen ihren Institutionen, katalogisiert, kategorisiert und als Fälle behandelt und nicht wirklich ernst genommen in ihren Problemen.

A n z e i g e

Das Geld liegt auf der Straße,
bei der

Lotto-, Toto- Prämienauslosung

Nov.	Dezember			
30	1	2	3	4

In dieser Woche hat jeder
Spielschein, ohne Mehreinsatz,
eine zusätzliche Gewinnchance!

1111 Prämien

2,1 Mio. DM

1 x getippt - 2 x dabei

Dieses Stigma (unauslöschliches Merkmal) tragen die Obdachlosen, wie andere Randgruppen wie Rocker, linke Studenten u. a., mit sich herum, und diese Tatsache führt zur Verfestigung des abweichenden Verhaltens!

Wir lösen das Problem der Obdachlosigkeit nicht, indem wir uns durch Zäune davon distanzieren, sondern indem wir endlich anfangen, unsere Vourteile gegenüber diesen Menschen abzubauen.

Friedrich W. Seibel
Wuppertal-Barmen
Im Springen 15

Empörung herrscht nicht nur am Klingholzberg

Obdachlose: Schritt zurück ins Getto

Gründung einer Interessengemeinschaft

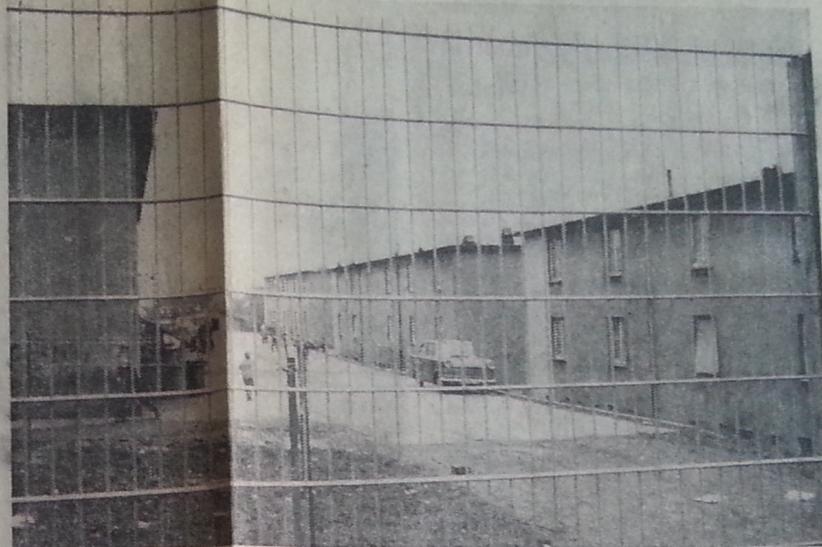
Von Raimund Hoghe



Bei Raubtierkäfigen sind dicke unzerstörbare Gitter selbstverständlich, doch muß es ebenso stabile Zäune zur Trennung von Menschen geben? Der Rat der Stadt stimmte jedenfalls am 30. November dem Bau des Zaunes zwischen Obdachlosenunterkünften und Neubauten in der Hildburgstraße zu, weil sich die Neubaugewohner von den Kindern der Obdachlosen belästigt fühlten. Das 6500 Mark teure Gitter — die Stadt zahlte die Hälfte davon — wird die Kinder jetzt aus ihrer Nähe verbannen. Eine nicht nur äußerlich fast unüberwindbare Trennungslinie ist entstanden. Während die „belästigten“ Nachbarn jetzt ihre Ruhe haben, ist man auf der anderen Seite des Zauns bestürzt: „Wir sind doch nicht an allen den Ressentiments und immer wieder neuen Barrieren schuld“, finden die Bewohner der Obdachlosensiedlung Klingholzberg. Auch Bürger anderer Stadtteile sind über diesen Zaun empört: Statt alles Trennende abzubauen, wird hier eine neue Barriere errichtet.

WR-Foto: Rainer Haldenwang
Wolff, Westerholz

Obdachlose und Menschen, die ihnen helfen wollen, trafen sich zur Versammlung in der Schule Meininger Straße. Auf unserem Foto rechts: Stadtamtmann Bartholmai vor den Versammlungsteilnehmern.



Die Obdachlosensiedlung Klingholzberg — von unserem Fotografen Rainer Haldenwang durch den neuen Zaun an der Hildburgstraße aufgenommen: Menschen hinter Gittern.

„Vergeßt uns nicht, wir wollen hier raus.“ Diesem Wunsch der Bewohner der größten Wuppertaler Obdachlosensiedlung Klingholzberg soll jetzt durch den Zusammenschluß zu einer „Interessengemeinschaft Klingholzberg“ Nachdruck verliehen werden.

Wie die Mitglieder der „Interessengemeinschaft Am Giebel“ — die per Flugblätter die Klingholzberger zu einer gemeinsamen Versammlung in der Schule Meininger Straße am Mittwochabend eingeladen hatte — wollen sich jetzt auch die Familien des Klingholzbergs solidarisieren, um nun gemeinsam ihre Forderungen nach besseren Lebensbedingungen, geräumigeren Wohnungen, größerer Chancengleichheit für ihre Kinder gegenüber den zu-

ständigen städtischen Stellen zu vertreten.

Bei den Bewohnern der Obdachlosenunterkünfte Am Giebel führte der tödliche Unfall eines Kindes als letztes auslösendes Moment zur Gründung einer Interessengemeinschaft. Nicht zuletzt die Gasexplosion am Montag in einem Haus auf dem Klingholzberg veranlaßte die Mitglieder der IG Am Giebel (in der unter anderem auch Pädagogen, Ärzte, Pfarrer mitarbeiten), die Familien vom Klingholzberg bei der Gründung einer Interessengemeinschaft zu unterstützen, sie im Flugblatt aufzufordern: „Schließt Euch auch zusammen“.

Die zu Beginn der Versammlung aufgezeigten Probleme der Bewohner von Obdachlosensiedlungen sind denn auch die glei-

chen: Sie leiden unter den Diskriminierungen im Beruf, in der Schule, in der Gesellschaft.

„Man nennt uns Asoziale, schert alle über einen Kamm, behandelt uns als Außenseiter. Niemand fragt uns, warum wir in einer Obdachlosensiedlung leben müssen. Dabei kann es jedem einmal so wie uns ergehen, denn die Obdachlosenfrage ist ja auch ein Problem der Wohnungsmarktsituation“, berichteten Mitglieder der nunmehr zwei Interessengemeinschaften von Obdachlosen in Wuppertal.

Sie wollen nicht mehr allein auf die Hilfe von außen hoffen. „Wir müssen jetzt selbst etwas unternehmen“, lautet die neue Losung. Daß durch eine Interessengemeinschaft die Verhältnisse nicht von heute auf morgen ge-

ändert werden können, ist ihnen klar. Doch Erfolge der Giebel-Bewohner machen Mut:

„Wir haben einen sicheren Schulweg, Spielmöglichkeiten, eine Lernhilfe für unsere Kinder erreicht. Bei einigen Stellen der Stadt fanden wir durchaus offene Ohren. So wurde zum Beispiel die geplante Sanierung endlich durchgeführt, wer zu wenig Wohnraum hatte, bekam teilweise mehr Platz“, berichteten die Giebel-Familien, die ihre Erfolge nur darauf zurückführen, daß sie jetzt nicht mehr als einzelner, sondern als Gemeinschaft ihre Forderungen vorgebracht haben.

Nur so können ihre Interessen genügend vertreten werden, was ihrer Ansicht nach weder durch die Stadt noch die Kirchen („Sie gibt diese Arbeit ab, ruft nach städtischer Hilfe, predigt vom Himmelreich, aber wir müssen in diesen Siedlungen leben.“) geschieht.

Zwei Meter hoch

Geschehen ist nun vor einigen Tagen am Klingholzberg etwas, das zum Kernproblem des Abends wurde: Ein über zwei Meter hoher, etwa 60 Meter langer Zaun (wie er bei Raubtierkäfigen zur Sicherung eingerichtet ist), wurde nach einem Stadtratsbeschuß vom 30. November zwischen einem Teil der Notunterkünfte und den Neubauten der Hilgershöhe gezogen.

„Darf das wahr sein? Getto Klingholzberg? Klingholzberg wird eingezäunt?“ fragte die IG

vom Giebel in ihrem Flugblatt. Nicht nur sie sieht in dem Zaun eine Zerstörung bisheriger Bemühungen, die den Abbau von Vorurteilen, Barrieren, sozialen Unterschieden und Diskriminierungen zum Ziel hatte.

Die Nachbarn ...

Der neue trennende Zaun auf dem Klingholzberg — „Hier stehen überall Zäune, sichtbare und unsichtbare Gitter“ — erscheint den Anwohnern auf der „anderen Seite“ nun als ein Schritt zurück ins Getto-Dasein, noch dazu unter Kostenbeteiligung der Stadt.

Stadtamtmann Bartholmai von der Obdachlosenbehörde während der Versammlung: „Der Zaun an der Hildburgstraße ist ein normaler Nachbarschafts-zaun, bei dem die Kosten von beiden Seiten getragen werden. Die Stadt als einer der Nachbarn zahlte deshalb 3250 Mark für den Zaun.“

Auf die Frage nach dem Sinn des Zauns meinte Bartholmai: „Der Zaun dient als Baustellensicherung für weitere Bauvorhaben und zum anderen fühlten sich zu Recht Nachbarn von Jugendlichen und Kindern belästigt, verlangten einen nicht zu zerstörenden Zaun.“

Die neue Interessengemeinschaft will sich jedoch von solchen Rückschlägen nicht entmutigen lassen. Sie will weitere Zäune verhindern. Nicht zuletzt deshalb werden sie am kommenden Dienstag einen Vorstand wählen, um dann wirkungsvoll arbeiten zu können.

Vermutliche Ursache der Explosion:

Die Gasleitung war unsachgemäß angezapft

Ins gesamt 20 Verletzte in der Unterkunft am Klingholzberg / Eine Hilfsaktion wurde sofort eingeleitet



Dem Störtrupp-Führer blieb vor Überraschung die Spucke weg: „Das ist doch nicht möglich!“ Kopfschüttelnd untersuchte er den mit Tesafilm an der Erdgasleitung befestigten Schlauch, mit dem die Familie R. „schwarz“ Erdgas bezogen hatte. Dieser blutige Laien-Pfuscher, wie ihn ein Feuerwehrmann bezeichnete, ist vermutlich die Ursache für das schwere Explosionsunglück, das heute morgen insgesamt zwanzig Verletzte und hohen Sachschaden forderte. Siehe Seite 1 dieser Ausgabe.

Gegen 6.45 Uhr sahen Männer, die aus der Obdachlosen-Siedlung am Klingholzberg zur Arbeit gingen, einen hellroten Feuerball aus einer Baracke schießen. Mauerbrocken wirbelten durch die Luft, Holzteile krachten auf Nachbardächer, Fensterscheiben splitterten.

Aus der dichten Rauch- und Qualmwolke drangen markerschütternde Schreie: „Ich kann nichts mehr sehen, ich liege drunter!“ Helfer wühlten verzweifelt in den Trümmern, zogen Verletzte aus dem Staub. Ein Ehepaar wurde schwerverletzt unter einer umgestürzten Mauer hervorgeholt. Ein Sofa und Betten hatte es vor dem sicheren Tod bewahrt.

Dann übernahmen Branddirektor Ahrens und seine Männer das Kommando: Mit Gewalt drängten sie Väter zurück, die schluchzend und mit bloßen Händen in den Trümmern nach ihren Angehörigen wühlten. Ahrens zum GA: „Wir hatten Glück, daß das Unglück bei Schichtwechsel passierte, denn da waren die Tag- und die Nachtschicht sofort einsatzbereit!“ Polizeibeamte fragten sich während der fieberhaften Aufräumarbeiten durch die Nachbarschaft und suchten und zählten die Angehörigen der betroffenen Familien. Gegen 9 Uhr vermuteten die Rettungsmannschaften noch immer zwei Kinder unter dem Kellerschutt. Die Kleinen wurden jedoch wenig später

in der Obhut von Nachbarn gefunden.

Als die Wehrmänner den Keller freigelegt hatten, tasteten sich die Leute des Störtrupps der Stadtwerke an den Rohrleitungen entlang. Was bereits wenige Minuten nach der Explosion unter den zahlreichen Zuschauern geflüstert wurde, bestätigte sich: Der Störtrupp entdeckte die angezapfte Gasleitung!

Daraufhin wurde sofort entschieden: „Sucht die Keller in der Umgebung ab!“ Tatsächlich, im gegenüberliegenden Block hatte ebenso wie im Unglückshaus eine Familie die Gasuhr außer Betrieb gesetzt und die Leitung angezapft.

Zur Zeit kämpfen in den Barmher Krankenanstalten die Ärzte um das Leben von fünf Verletzten. Die meisten der Verletzten hatten innere Verletzungen und schwere Knochenbrüche davongetragen. Bis zum Mittag leisteten die Ärzte Schwerarbeit.

Ungeachtet der Schuldfrage sind wenige Stunden nach dem Unglück die ersten Hilfsaktionen für die schwer betroffenen Familien angelaufen. Die Stadtratsfraktion der CDU stellte spontan durch Kurt Drees eine Spende von 1000 Mark zur Verfügung und bat alle Organisationen die Bevölkerung sich einer Spendenaktion anzuschließen. Gegen 11.15 Uhr meldeten die Stadtwerke, daß die Kriminalpolizei die unsachgemäß installierte Schlauchleitung aus dem Nachbarhaus sichergestellt hat. Zur Zeit wird noch geforscht, ob noch weitere Familien versucht haben, Erdgas „schwarz“ aus den Hauptleitungen zu beziehen.

Ein Unglück am Rande der Explosion: Zwei Krankenwagen, die mit Blaulicht und Martinshorn über die Werther Brücke jagten, veranlaßten einen Kraftfahrer zum Zurücksetzen auf den Gleiskörper der Straßenbahn. Der Wagen prallte mit einem Zug der Linie 1 zusammen.

Peter Joachim Schmied

Buchstäblich zerfetzt wurde der Wohnteil 11F einer Baracke am Klingholzberg (Bild oben). Staubverkrustet wühlten die Rettungsmannschaften in den Trümmern nach Überlebenden.

In den bis ins kleinste ausgegüteten und bis an die Dachsparren vollgestopften Räumen mußten sich die Retter mühsam Wege zu den Betten bahnen (Bild rechts).

Noch auf der Bahre schreit die schwerverletzte Frau nach ihren Kindern: „Wo ist mein Junge? Gebt mir meinen Jungen!“ (Bild unten.)
GA-Fotos: Dieter Knopp (2), Herbert Vesper (1)

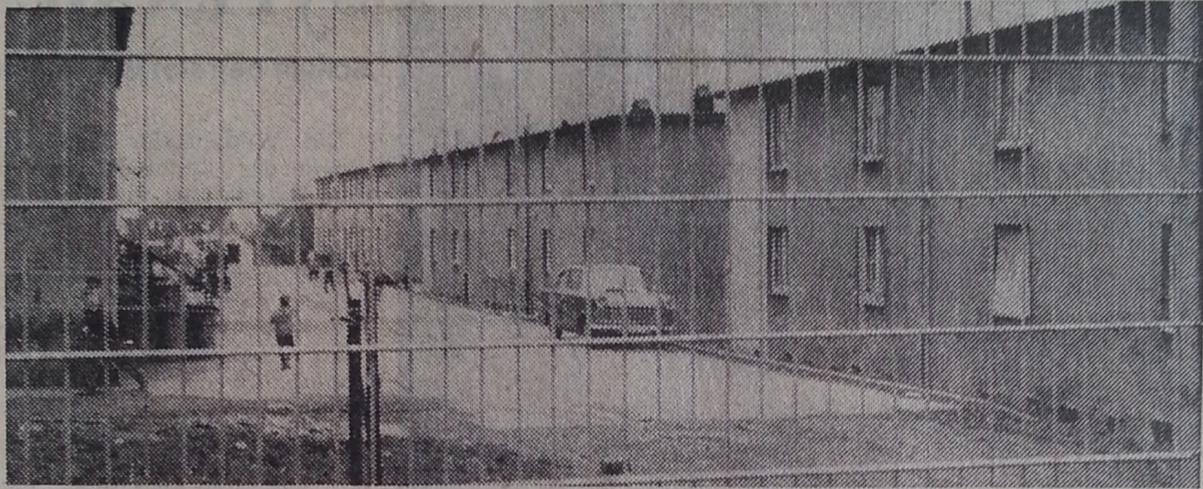


WR 18. IV. 70

STADT WUPPERTAL

Leser-
briefe

Obdachlose am Klingholzberg



Dieser Blick durch den Zaun in die Obdachlosensiedlung Klingholzberg beschäftigt weiterhin die Gemüter.
WR-Foto: Rainer Haldenwang

Zum WR-Bericht „Obdachlose: Schritt zurück ins Getto“ vom 11. Dezember nehmen jetzt die Familien Stellung, die sich durch die Kinder der Obdachlosensiedlung Klingholzberg belästigt fühlten und die schließlich den Bau eines Zauns zur Trennung der Notunterkünfte und der Neubauten forderten und auch bekamen:

Die Leute hinter Gittern, nämlich seit Jahren hinter geschlossenen Fensterläden, sind die Bewohner der Sonnenstraße.

Seitdem die Obdachlosenhäuser stehen, haben die Bewohner der der Barmer Baugesellschaft gehörenden Häuser sehr viel Ärger und Aufregung gehabt. Entweder die Fensterscheiben wurden zerschlagen, Lehmklumpen in die offenen Fenster geworfen, die Rasen waren übersät mit allem, was die Kinder los sein wollten: abgewrackte Kinderwagen, Reifen in allen Größen, Bierdeckel, Büchsen usw. usw.

Der Jägerzaun nach beiden Seiten wurde nach und nach zerstört, und der vom Garten- und Forstamt mit vielen Sträuchern bepflanzte Zwischenstreifen mußte, auf Antrag, zweimal im Jahr von Matratzen usw. geräumt wer-

Dankbar für den hohen Zaun

den. Der Unrat füllte manches Mal zwei Lastwagen

Zudem machten die Kinder regelmäßig ihre Geschäfte in diesem Zwischenstreifen, zeigten ungeniert ihren Po, und selbst noch nicht schulpflichtige Kinder rauchten dort Zigaretten. Zudem wurden nicht nur die Zweige und Äste rigoros abgerissen, mit Axt und Beil wurden die Bäumchen und Sträucher zerstört.

Nachdem die Jägerzäune mehr oder weniger herausgerissen waren, hatten wir ständig die Kinder auf Rasen und Hof. Wir waren der Stadtverwaltung und der Barmer Baugesellschaft zu großem Dank verpflichtet, daß endlich der hohe Zaun gesetzt wurde. Das schließt nicht aus, daß die Kinder auch diesen überklettern, und Steine bis vor die Häuser werfen.

Wenn einer hinter Gittern wohnt, dann waren wir es in all den Jahren, seitdem die Obdachlosenhäuser bestehen.

Denn die Bewohner dieser Häuser brauchen keine Angst zu haben, daß ihre Fenster zerschlagen werden. Sie sitzen im Sommer vor den Häusern und sonnen sich, mitten in allem herumliegenden Dreck, wohingegen wir stets darauf gefaßt sein mußten, mit Steinen jeglicher Größe und Dreck beworfen zu werden, und das ohne jede Veranlassung.

Den Leuten in diesen Obdachlosenwohnungen liegt ja gar nichts an Ordnung und Sauberkeit. Der Abhang vor den Häusern ist meistens mit Pappe und Papier besät, wirklich kein schöner Anblick.

Sicherlich sind nicht alle Bewohner dieser Notunterkünfte asozial, aber sie können alle ruhig den Dreck vor ihren Häusern ansehen, ohne ihn zu entfernen. Sie können versichert sein, daß wir sehr froh über den Zaun sind.

Ihr Artikel in der Zeitung war in der Form wirklich nicht angebracht, und er führt nur dazu, die Leute aufzuwiegeln.

Geschwister B. (Name der Redaktion bekannt)
Wuppertal-B., Sonnenstraße

Neue Gettos – neue Juden

Zum Bericht „Obdachlose: Schritt zurück ins Getto“, in der WR vom 11. Dezember, erreichten uns einige Leserstimmen, die sich mit dem vor einigen Tagen unter Kostenbeteiligung der Stadt gezogenen Zaun zwischen der Obdachlosensiedlung Klingholzberg und Neubauten beschäftigen:

Neue Gettos — neue Juden

Er ist zwar nur zwei Meter hoch
Und ganze sechzig Meter lang
Und hat nicht mal siebentausend
Gekostet
Und doch ist er zu hoch
Und zu lang
Um die Kosten
Der Eingeschlossenen
Auf lange Sicht
Decken zu können
Die Stadt könnte sich also
Durchaus noch weiter verschulden
Deshalb
Müssen wir anders planen
Damit der ganze Laden
Auch einen Gewinn abwirft
Darum Heimarbeit für
Die Eingeschlossenen
Nach chinesischem Vorbild:
Der Zaun eignet sich vorzüglich
Zur Lufttrocknung von Reismudeln
Und stellte man ihnen ein wenig
Saatgut zur Verfügung
Es möchten in ihrem Dreck
Vorzügliche Kartoffeln gedeihen

Und aus dem Abfall würde
Sich unter Zugabe von
Hunde- und Rattenknochen
(Die werden sie doch wohl
haben?)

Eine gefällige Bindefarbe
Bereiten lassen
Denn schmuck soll es aussehen
Das Reservat für alle Mißliebigen:

Für die Asozialen
Und Studenten
Und Kommunisten
Und Gastarbeiter
Und Zigeuner
Und Schwulen — kurz:
Alle Pestbeulen
Unserer Gesellschaft
Würden wir mit einem
Schlage los
Außer an Samstagnachmittagen
Wo wir von 15 bis 16 Uhr
Voraussichtlich gegen ein
Eintrittsgeld von
Einer Mark fünfzig
Uns selbst davon überzeugen
können
Daß sie eigentlich doch ganz
Menschenwürdig behandelt
werden
Und über dem Eingangstor
Ein schmiedeeiserner Gruß:
Arbeit macht frei!

Wolfgang Georg
Bernd Greef
Felix Omnitz

Studenten der Pädagogik

Wenig Verständnis für die Umwelt

Der Artikel hat mich bis auf das äußerste empört. Unleidige Menschen hat es immer gegeben. Glauben denn die Bewohner der Umgebung des Klingelholzberges, in anderen Stadtteilen würden die Bewohner sich nicht auch durch Kinder belästigt fühlen? Leider sind es heute viel zu wenig Menschen, die Verständnis für ihre Umwelt aufbringen. Eine Behörde wie eine Stadtverwaltung dürfte derartige Ansinnen, einen

Häuserblock zu umzäunen, gar nicht zulassen, geschweige in die Tat umsetzen. Will Wuppertal sich damit, ebenso wie mit der Straßenüberdachung, in aller Welt Freunde schaffen? Ich glaube, weit gefehlt.

Die hohen Kosten, Straßendach und Zwingerdraht, hätten ganz bestimmt besser und wertvoller angelegt werden können.

Marianne Meffert
Wuppertal-Elberfeld
Laurentiusstraße 18



Unterricht im Freien



Ausflug zur Müngstener Brücke